

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d



## Inhalt

Michael Müller MdB zur heute in Moskau eröffneten All-Unions-Konferenz der KPdSU: Die 2. Phase der Revolution und der „menschliche Faktor“.

Seite 1

Dr. Till Bastian zu den „Nachrüstungsplänen“ im Kurzstreckenbereich: Bonn will das INF-Abkommen unterlaufen.

Seite 4

Hans Urbaniak MdB zum Versuch der Koalition, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern: Eine Kampfansage an die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter.

Seite 5

43. Jahrgang / 120

28. Juni 1988

Die 2. Phase der Revolution und der „menschliche Faktor“

Zur heute in Moskau eröffneten All-Unions-Konferenz der KPdSU

Von Michael Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sowjetunion der SPD-Bundestagsfraktion

Heute begann in Moskau die XIX. Parteikonferenz der KPdSU. Diese, von W. I. Lenin eingeführten Kongresse werden nur zu außergewöhnlich wichtigen Entscheidungen zusammengerufen. So war die letzte Parteikonferenz vor 47 Jahren, als unter J. Stalin die Kriegsmobilisierung der Wirtschaft beschlossen wurde. Diesmal sollen vor allem die Fragen einer Demokratisierung der Partei grundsätzlich geklärt werden. Dadurch verspricht sich M. Gorbatschow praktische Schritte zur Demokratisierung des Parteilebens, Aktivierung der Kommunisten und Vertiefung der Perestroika. Dahinter stehen sowohl Machtauseinandersetzungen in Partei und Gesellschaft zwischen den Reformern und ihren Gegnern als auch das ernste Bemühen, Legitimation und Handlungsfähigkeit der Parteiführung zu verbessern und die Spaltung zwischen Partei und Gesellschaft zu überwinden.

Es ist jetzt rund 1 1/2 Jahre her, daß M. Gorbatschow die Weltöffentlichkeit auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU mit seinen Thesen zur Unumkehrbarkeit des Umgestaltungskurses überraschte. Der Generalsekretär äußerte am 27. Januar 1987 die wohl radikalste Kritik am sowjetischen System, die von einem kommunistischen Führer der UdSSR bisher zu hören war. Nicht nur fortbestehende stalinistische Tendenzen in den Parteileitungen wurden gebrandmarkt, sondern - mehr noch - das soziale System insgesamt kritisiert, weil nach Gorbatschows Analyse es immer stärker in die Gefahr tiefgreifender politischer und ökonomischer Krisen führt. Es sei, so der Generalsekretär, auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre stehen geblieben. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse klappten auseinander, mit Teilreformen wären die festgestellten Probleme nicht zu beseitigen. Die Veränderung des politischen Systems, so sein Fazit, wird zur Grundvoraussetzung auch für den Erfolg wirtschaftlicher Reformmaßnahmen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltungsbüro  
für den sozialen Kontakt  
Angehöriger



M. Gorbatschow spitzte damit im Winter letzten Jahres die politischen Reformansätze zu, die seit Ende 1982 mit dem Amtsantritt Jurij Andropows eingeleitet wurden. Der damalige Parteichef hatte die Fehlentwicklungen in Partei und Gesellschaft erkannt und vollzog den Bruch mit dem „überholten konservativen Denken“ und der „Erstarrung des politischen und ökonomischen Systems“ der Breschnew-Zeit. Die UdSSR befand sich zu Beginn der 80er Jahre im Vorstadium einer tiefen Krise.

Es ist das Verdienst Andropows, dessen Rolle noch heute im Westen weitgehend unerkannt geblieben ist, daß die Weichen nicht zur inneren Militarisierung der sowjetischen Gesellschaft, sondern zugunsten von Reformen gestellt wurden. Er hat die personellen Veränderungen möglich gemacht, Wirtschaftsexperimente begonnen, die Parteireform eingeleitet und wurde somit zum Vater von „Perestroika“ und „Glasnost“. Dabei waren die internationalen Rahmenbedingungen ganz und gar nicht günstig, denn die fragwürdige Politik der Nachrüstung belastete nicht nur das Ost-West-Verhältnis, sondern konnte auch zahlreiche Anlässe für einen Machtausbau dogmatischer Vertreter der KPdSU geben. Dies zeigt aber umso deutlicher, wie schwerwiegend die Systemprobleme von der Parteiführung eingeschätzt werden.

Hinzu kommt ein 2. wichtiger Faktor für die Reformpolitik seit Ende 1982: Auch in der Breschnew-Ära hat es nicht nur Stagnation und Rückschritt gegeben. Erst jetzt nehmen wir wahr, daß in den 70er Jahren auch in den sozialistischen Ländern das Individuum und der Individualisierungsprozeß durch die Anhebung des sozialen und kulturellen Niveaus der Gesellschaft neue Strukturen und Legitimationszwänge hervorgebracht hat. Und von daher wundert es auch nicht, daß der „menschliche Faktor“, also die Förderung und Nutzung der kreativen Fähigkeiten des Menschen, immer stärker zum Ausgangspunkt für den Umgestaltungsprozeß wurde. Das ist in der Stärkung der Rechte der Arbeitskollektive ebenso angelegt wie in dem Ausbau der kulturellen Freizügigkeit.

Sicherlich kann Gorbatschow mit seiner Forderung nach Reform der Wirtschaft auf eine breite Zustimmung in der KPdSU rechnen. Dafür sind nachlassende Wachstumsstärke und rückständige Produktivität erdrückende Tatbestände genug. Aber Gorbatschow will eben nicht nur über ökonomische Reformen reden und halbherzige Maßnahmen einleiten, sondern die gesellschaftliche Ursachen dieser Krisenentwicklung insgesamt beseitigen. Das aber heißt: Radikale Reform der gesamten gesellschaftlichen Organisation der UdSSR einschließlich der Eigentumsordnung, dem Planungs- und Lenkungssystem, der Arbeitsorganisation und dem Wissenschafts- und Techniktransfer sowie der sozialen Systeme und politischen Strukturen.

Im Januar 1987 ist M. Gorbatschow mit seinen Vorstellungen noch auf heftigen innerparteilichen Widerstand gestoßen. Das ZK-Plenum setzte sich in beträchtlichem Umfang aus Vertretern des „überholten Denkens“ zusammen. Deshalb kam Gorbatschows Vorschlag zur Parteikonferenz um sich entsprechende Mehrheiten zu verschaffen. Er nahm bewußt die Konfrontation über den Reformkurs in Kauf und mobilisierte die Parteibasis für seine Politik. Die intensive Diskussion der letzten Monate hat Positionen geklärt und Gorbatschow hat dabei ungewöhnliche Risikobereitschaft gezeigt. Um seine Vorstellungen von der Erneuerung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft durchzusetzen, stellte er in diesem Frühjahr sogar das Politbüro vor die Entscheidung entweder seine Politik zu unterstützen oder ihn abzulösen.

Die Parteikonferenz wird den engen Zusammenhang zwischen Glasnost, Perestroika und Demokratisierung bestätigen. Das heißt, ohne politische Reformen, kulturelle Freiheit, Ausweitung der individuellen Demokratie und Rechtssicherheit des einzelnen können ökonomische Stagnation, technische Rückständigkeit und soziale Engpässe nicht beseitigt werden.

Dennoch entstehen entscheidende Etappen bevor. Spannungen sind angesagt, wenn

- sich die Nationalitätenfrage weiter zuspitzt und als nationalistische Bewegung verselbständigt,
- die Partei immer mehr Rechte abgeben muß, weil nur so die (Mit-)Verantwortung des Einzelnen gestärkt werden kann,
- das neue Wirtschaftssystem, insbesondere nach einer Reform der Preisbildung und des Finanz- und Kreditsystems noch nicht richtig greift, aber auch die alten Mechanismen nicht mehr funktionieren.

Die zweite Revolution in der Sowjetunion ist das spannendste Stück auf der heutigen politischen Weltbühne, sein Ausgang ist bei allem berechtigtem Optimismus ungewiß. Aber die Chancen für eine Renaissance des Sozialismus waren noch nie so groß.

(-/28.6.1988/rs/mü/ks)

\* \* \*

**Bonn will das INF-Abkommen unterlaufen**

**Zu den „Nachrüstungsplänen“ im Kurzstreckenbereich**

Von Dr. Till Bastian

Mitglied der Arbeitsgruppe friedenspolitische Aktivitäten beim SPD-Parteivorstand

Eine neue Aufrüstungsrunde steht uns, das wird jeden Tag klarer, ins Haus. Das positive Ergebnis des endlich ratifizierten INF-Abkommens, von uns allen begrüßt, wird dadurch klar entwertet.

1. Neue Kurzstreckenraketen werden kommen! Daß das „Modernisierungs“-Gerede tatsachenwidrig ist, wird mittlerweile allenthalben deutlich; es geht um völlig neue Waffensysteme, die die Lance-Rakete ersetzen sollen und über deren Stationierung schon bald eine Entscheidung gefällt werden muß - „neue und auch mehr Waffen für die wichtiger gewordene Reichweite bis zu 500 Kilometern“ (FAZ, 6. April 1988). Dazu gehören bereits getestete Land-Land-Raketen, wie von General Galvin immer wieder gefordert, aber auch eine vom Tornado-Flugzeug abzufeuernde Luft-Boden-Rakete. So können nahtlos die Cruise Missiles ersetzt werden, die nach dem INF-Vertrag verschwinden müssen.

2. Die Sprengköpfe bleiben erhalten! Obwohl das INF-Abkommen Abzug und Verschrottung der Pershing-II und Cruise-Missiles-Trägersysteme fordert, werden die Atom Sprengköpfe dieser Waffen aber keineswegs vernichtet werden: sie verbleiben im Arsenal der USA und stehen zur Wiederverwendung bereit. Kommen sie, auf die bereits erwähnten Boden-Boden- und Luft-Boden-Raketen montiert, im nächsten Jahrzehnt wieder zu uns zurück? So haben sich die Menschen „in diesem unserem Land“ die Auswirkungen des INF-Abkommens nicht vorgestellt. Hearings des US-Kongreß beweisen, daß das Pentagon mit dieser Option liebäugelt. Die SPD bleibt aufgerufen, hier ein klares Nein zu sprechen.

3. Die Pershing-I-Verbände werden nicht aufgelöst! Hierauf hat besonders das SPD-Bundestagsmitglied Hermann Scheer hingewiesen. Diese Einheiten umfassen rund 4.000 Soldaten und sollen offenbar für die neuen atomaren Kurzstreckenraketen in Bereitschaft gehalten werden. Auch diese Entscheidung fügt sich nahtlos in das hier umrissene Gesamtkonzept einer neuen Aufrüstung ein. Sie belegt, daß die Behauptungen der Bundesregierung, es bestehe a) kein Handlungsbedarf bis in die neunziger Jahre und es werde b) bloß eine „Modernisierung“ vorgenommen, schlicht unzutreffend sind - es geht um ein Mehr an Neuen Raketen, für die sowohl die alten Atom Sprengköpfe, wie auch die alten Truppenverbände bereits bereitgehalten werden.

4. Verteidigungsminister Scholz stimmt auf die neue Nachrüstung ein! Erste Äußerungen des Ministers in den USA brachten im wesentlichen drei Ergebnisse (sämtlich zitiert nach „SZ“ vom 22. Juni 1988): 1. Man versteht sich gut; 2. die Kurzstreckenraketen der NATO stehen „nicht zur Disposition“; 3. die UdSSR, darin ist man einig, betreibt „unverminderte Aufrüstung“ und modernisiert ihre Atomwaffen. So wird - und dies ist gewiß kein Zufall - auch die ideologische Grundlage für eine neue Aufrüstungsrunde zurechtgezimmert; das Strickmuster dafür ist alt. Da es so aussieht, als falle es der Regierung immer schwerer, die Diskussion über die Kurzstreckenraketen mit dem - sachlich falschen - Verweis auf nicht bestehenden „Handlungsbedarf“ bis nach den nächsten Wahlen vom Tisch zu wischen, soll jetzt offenbar eine Offensive für die neuen Waffen eingeleitet werden.

Es liegt nicht zuletzt an der SPD, diese Pläne, die keineswegs im Interesse unseres Landes liegen, von Anfang an zu durchkreuzen.

(-/28.6.1988/rs/ks)

\* \* \*

Eine Kampfansage an die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter  
Zum Versuch der Koalition, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern

Von Hans Urbaniak MdB  
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Das Paket, das die Koalitionsfraktionen dem Deutschen Bundestag präsentiert haben, ist kein Kompromiß, sondern der Versuch, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu kommen.

1. Die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen leitender Angestellter ist ein Instrument der Spaltung der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer - und ist auch so gemeint.
2. Mit der vorgeschlagenen Änderung der Wahlvorschriften im Betriebsverfassungsgesetz sollen Splittergruppen und Pseudo-Gewerkschaften begünstigt werden, die von alleine keinen Rückhalt in der Belegschaft haben. Ziel ist die Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung - auch das ist so gemeint.
3. Für die Betriebsräte gibt es keine Mitbestimmung bei neuen Techniken. Es soll Unterrichts- und Beratungsrechte geben und sogar (!) Erörterungspflichten des Arbeitgebers - nur: Das ist keine Mitbestimmung, es ist die freundliche Information über das, was man als Betriebsrat nicht verhindern kann.
4. Für diese Kröten Nr. 1, 2 und 3 soll die Montan-Mitbestimmung einstweilen, aber nicht dauerhaft gesichert werden. - Die Frage, wer mit der Vorlage ein Geschäft gemacht hat, beantwortet sich von selbst.

Die SPD unterstützt schon immer die Forderung der Gewerkschaften nach einer dauerhaften Sicherung der Montan-Mitbestimmung. Das Rezept der Koalition kann und wird vielleicht einige Jahre halten, aber es kann auch unterlaufen werden. Das gilt gleichermaßen für die vorgegebene Quote (20 von Hundert der Wertschöpfung) wie auch für die Arbeitnehmerzahl 2.000 eines Montan-Tochterunternehmens. Durch Managemententscheidungen kann es also eine Flucht aus der Mitbestimmung geben. Das Problem, daß durch gesellschaftsrechtliche Entscheidungen und Änderungen von Unternehmensstrukturen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, daß Unternehmen aus der Montan-Mitbestimmung ausscheiden, wird also nicht gelöst.

Unser Gesetzentwurf sieht deshalb als Lösung konsequenterweise vor:

1. Für Unternehmen, die der Montan-Mitbestimmung unterliegen, gelten das Montan-Mitbestimmungsgesetz und das Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz auch dann weiter, wenn in diesen Unternehmen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung der Montan-Mitbestimmung entfallen, jedoch eine Beziehung zum Montan-Bereich erhalten bleibt.
2. Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften über die Anwendung der Montan-Mitbestimmung und ihre Ausgestaltung zu treffen, werden ermöglicht.

Darüber hinaus - auch das sagt unser Gesetzentwurf ausdrücklich - gilt: „Solange sich die Mitbestimmungsregelung allein auf die Branchen Kohle und Stahl bezieht, kann ihre Sicherung nicht lückenlos sein. Die SPD ist der Auffassung, daß die paritätische Mitbestimmung auf der Grundlage des Montan-Modells für alle Großunternehmen und Konzerne eingeführt werden muß, auch um den mitbestimmungspolitischen Besitzstand der Arbeitnehmer im Bereich Kohle und Stahl dauerhaft und lückenlos zu sichern.“

Die vorgesehene Verringerung des Gewichts der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten und die Wahlverfahrensänderungen sind der erneute Ausdruck der gewerkschaftsfeindlichen Position dieser Koalition. Das ist in der Tat nicht neu. Aber: Wer die Gewerkschaften in der Mitbestimmung zurückdrängt, nimmt sie auch im gleichen Umfang aus der Mitverantwortung heraus. Das sagen die Koalitionäre natürlich nicht. Sie wollen die Gewerkschaften immer weiter zurückstutzen, aber ihnen gleichzeitig alles in die Schuhe schieben, mit besonderem Fleiß ihre eigenen Versäumnisse. Auch das ist nicht neu.

Die geplanten massiven Verschlechterungen des Betriebsverfassungsgesetzes sind ein ganz starkes Stück:

1. Unter dem Vorwand eines „Minderheitenschutzes“ werden parteipolitisch orientierte Interessengruppen gefördert. Das hat mit Minderheitenschutz überhaupt nichts zu tun. Daß sich die Koalition für Minderheiten einsetzt, sie schützen will, wäre ja auch wirklich neu. Wo bleibt denn auf anderen Feldern der Politik der Minderheitenschutz für unsere ausländischen Mitbürger? Was ist denn mit dem Minderheitenschutz für die Arbeitnehmervertreter in den Handwerkskammern? Überall Fehlanzeige. In der Betriebsverfassung wollen sie ja auch keine Minderheiten schützen, sondern Splitter- und Spaltergruppen aufwerten. Extremistische Gruppen von links oder rechts werden ihre wahre Freude haben. Betriebe und Verwaltungen dürfen aber kein Tummelplatz für Chaoten sein. Doch wenn es der Koalition um die Schwächung der Einheitsgewerkschaften geht, schrecken ihre Vertreter buchstäblich vor nichts zurück.
2. Mit der gesetzlichen Verankerung von Sprecherausschüssen wird die einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer gespalten und geschwächt. Der Kreis angeblich leitender Angestellter wird extrem weit gezogen. Betriebsräte, Arbeitgeber und Sprecherausschüsse sollen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit veranlaßt werden, obwohl die Koalition den Sprecherausschüssen Vetorechte für Betriebsvereinbarungen geben will. Die Sprecherausschüsse sollen das Recht erhalten, eine zweiwöchige Aussetzung von Betriebsvereinbarungen zu verlangen, wenn die Vereinbarungen nach Meinung der Sprecherausschüsse Interessen der leitenden Angestellten „beeinträchtigen“. Dieses Recht werden die wohl nutzen! So wird für einen dauerhaften Streit zwischen Betriebsräten und Sprecherausschüssen gesorgt. Die gesetzliche Fixierung von Sprecherausschüssen ist eine Kampfansage an Betriebsräte und Gewerkschaften. Nicht einmal die Arbeitgeber halten etwas von diesem Vorhaben.
3. Es bleibt dabei, daß es eine Mitbestimmung bei neuen Technologien nicht geben wird. Bloße Informationsrechte über bereits getroffene Entscheidungen sind ein Muster ohne Wert.

Die Hinweise und Ratschläge der Sozialausschüsse der Union sind bei diesem Gesetzentwurf der Koalition einmal mehr auf der Strecke geblieben. Die CDA hat sich wiederholt gegen Sprecherausschüsse ausgesprochen und noch Anfang Mai diesen Jahres vehement gefordert: Den Betriebs- und Personalräten müsse bei sozialen und personellen Auswirkungen neuer Techniken „ein echtes Mitbestimmungsrecht“ eingeräumt werden. Noch Mitte Mai konnte man in den Zeitungen lesen: „Sozialausschüsse warnen die FDP.“ Bei den weiteren parlamentarischen Beratungen können die Vertreter der Sozialausschüsse deutlich machen, was sie vielleicht doch noch wollen, jedenfalls in vielen Papieren aufgeschrieben haben.

Unsere Bewertung kann insgesamt nur heißen: Was die Koalition als Lösungen vorschlägt, ist lupenreiner Etikettenschwindel, hat mit den drängenden Mitbestimmungsproblemen nichts zu tun.  
(-/28.6.1988/rs/ks)

\* \* \*